

Radioaktive Abfälle | Dem Bau eines geologischen Tiefenlagers stimmen alle zu – solange man nicht selbst betroffen ist

Bitte nicht in meinem Hinterhof



Stiller Protest. Auf dem Plakat (links) vor diesem Bauernhaus bei Bözberg AG wird klar, dass man den Atommüll lieber nicht unter den eigenen Füssen weiss. Das Gebiet Jura Ost wurde neulich zusammen mit Zürich Nordost von der Nagra als geeignete Gebiete für den Bau eines geologischen Tiefenlagers vorgeschlagen.

FOTO KEYSTONE

Seit Jahren beschäftigt sich die Politik mit der Frage, wo der radioaktive Müll am besten gelagert wird. In ihrer Doktorarbeit untersucht Claudia Alpiger, wie die betroffenen Regionen bei dieser Suche miteinbezogen werden.

DAVID BINER

In der letzten Woche präsentierte die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) mit Jura Ost AG und Zürich Nordost ZH/TG zwei Standortregionen, die künftig für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen vertiefter geprüft werden. In den Medien und den betroffenen Kantonen zeigte man sich überrascht ob der Auswahl. Zumal die Nagra im Oktober 2008 und im Rahmen des «Sachplan geologische Tiefenlager» – nebst Jura Ost und Zürich Nordost – mit Jura-Südfuss SO/AG, Nördlich Lägern ZH/AG, Südranden SH sowie Wellenberg NW/OW insgesamt sechs geeignete Regionen für die Endlagerung vorschlug.

«Keine politischen Kriterien»

Claudia Alpiger kann die mediale Verwunderung nachvollziehen, «da es sozusagen die minimalste Anzahl an Standorten ist, die die Nagra vorschlagen musste.» Dazu kommt, dass sich die präsentierten Standorte als Kombilager eignen würden – also sowohl für die Lagerung von schwach- und mittelaktiven als auch von hochaktiven Abfällen. «Das soll aber nicht heissen, dass es schlussendlich ein Kombilager geben wird», präzisiert die Doktorandin. Ein Lager für den schwach- und mittelaktiven Müll in einer Region und ein Lager für den hochaktiven Abfall in der anderen wäre ebenso denkbar – und zudem auch nicht teurer als ein Kombilager. Die in vergangener Woche ebenfalls laut gewordene Meinung, wonach der Nagra-Vorschlag nicht nur auf sicherheitstechnischen Argumenten basiere, sondern auch «politisch» und «taktisch» motiviert sein soll, teilt Alpiger indes nicht. «Im Bericht zum Nagra-Vorschlag, der sich unter anderem auf Merkmale wie der Wirksamkeit oder der Langzeitstabilität des unterirdischen Gesteins stützt, sind keine politischen Kriterien zu finden.»

Motivierte und weniger Motivierte

Da sich die junge Wissenschaftlerin vielmehr mit den Mitsprachemöglichkeiten der betroffenen Standorte statt den sicherheitstechnischen Fragen befasst, räumt sie jedoch ein: «Mit dem Zurückstellen vor allem von der Region Wellenberg, welche als prominenteste «Widerstand leistende Region» gilt, sind mit dieser Auswahl sicher einige Schwellen «abgebaut» worden.» Das weitere Vorgehen in den zwei vorgeschlagenen Standortregionen sei somit einfacher, da dort die Zusammenarbeit relativ gut funktioniere – «vor allem mit der Region Jura Ost». Was die Herangehensweise an das zu lösende Problem betrifft, sind Unterschiede zwischen den Standortgemeinden durchaus feststellbar.

«Kantonales Vetorecht wurde 2003 aus dem Kernenergiegesetz gestrichen»

Claudia Alpiger, Politologin

«Einige sind interessiert an der regionalen Partizipation und wollen so viel und so gut wie möglich mitwirken. Andere Standortregionen wiederum sind weniger motiviert und tun nur das Nötigste, was sie im Rahmen der regionalen Partizipation tun sollten.» Folglich seien es auch die etwas weniger Motivierte, die am ganzen Verfahren mehr Kritik äussern. Zum Beispiel, dass man Informationen viel zu spät bekommen habe und sich nicht richtig vorbereiten konnte oder dass man das Gefühl habe, zu wenig ernst genommen zu werden. Genau um dieses Unbehagen bei den betroffenen Regionen bestmöglichst reduzieren zu können, scheut der Bund mit dem federführenden Bundesamt für Energie (BFE) weder Mühe noch Geld. So wird eine Verzögerung der gesamten Endlagersuche ebenso in Kauf genommen wie die gute halbe Million Franken, die dem BFE von den sogenannten Regionalkonferenzen jeweils jährlich in Rechnung gestellt wird. Diese Konferenzen setzen sich aus verschiedenen Gremien zusammen, die etwa für Sicherheits- oder

Umweltfragen zuständig sind. Aber eben auch Kantons- und Gemeindedelegierte sowie Vertreter der betroffenen Bevölkerung gehören dazu. Noch nie habe eine regionale Partizipation in einem solchen Rahmen stattgefunden, meint Claudia Alpiger. «Der Einbezug und die Mitwirkung der betroffenen Bevölkerung in einem so grossen Masse ist hinsichtlich der Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle neu.» Nur so könne die Akzeptanz des ganzen Verfahrens erreicht, oder zumindest angestrebt werden. Durch das Mitwirken der betroffenen Regionen könne diesen aufgezeigt werden, dass ein Endlager nicht nur negative Auswirkungen, sondern auch Chancen mit sich bringt. Der Bund sehe beispielsweise vor, meint Alpiger, regionale Unternehmen beim Bau und Betrieb eines Endlagers zu bevorzugen. «Zudem sind Abgeltungszahlungen für die schlussendlich betroffenen Kantone und Gemeinden vorgesehen.» Diese Diskussion beginne aber erst ab Mitte 2017, nachdem der Bundesrat über den Vorschlag der Nagra, die zwei Standortregionen weiter zu untersuchen, definitiv entschieden hat. Ob das geplante Endlager am vorgesehenen Standort tatsächlich gebaut wird, wird sich dann zeigen.

Sorge der betroffenen Kantone

Denn der Bundesratsentscheid für den definitiven Standort – etwa im Jahr 2027 – untersteht dem fakultativen Referendum. Kommt dieses zustande, entscheidet letztendlich die gesamte Schweizer Stimmbürgerbevölkerung über den definitiven Standort – was die betroffenen Kantone bereits jetzt als grosses Problem erachten, wie die Politologin ausführt. «Das kantonale Vetorecht wurde 2003 aus dem Kernenergiegesetz gestrichen.» Dies sei aber wohl die einzige Lösung, um irgendwann ein geologisches Tiefenlager verwirklichen zu können, meint Alpiger und hält fest: «Ich denke, kein Kanton und keine Gemeinde wird sich über ein Tiefenlager «unter den eigenen Füssen» freuen.» Es sei doch immer so – alle sind damit einverstanden und finden es gut, dass der radioaktive Abfall entsorgt wird. Jedoch niemand wolle es «in seinem Hinterhof». In den Politikwissenschaften nennt man diese Abneigung das «Not-in-my-backyard»-Prinzip.



«Entsorgungspolitik»

Nach der Matura am Kollegium Spiritus Sanctus studierte Claudia Alpiger, 26, Politikwissenschaften an der Universität Zürich. Nach einem Praktikum am Zentrum für Demokratie in Aarau (ZDA) zog es die Gamsnerin an die Uni Bern, wo sie den Master in Schweizer Politik und vergleichende Politik absolvierte und nebenbei als Hilfsassistentin bei verschiedenen Projekten mitarbeitete. Nun steht sie am Anfang ihrer Dissertation. Mit dem Forschungsprojekt «Partizipative Entsorgungspolitik» arbeitet sie am Lehrstuhl für Schweizer Politik bei Prof. Dr. Adrian Vatter. Ausgehend von dessen 14 Kriterien, die der Politologe bereits 1998 für das Partizipationsverfahren bei umweltrelevanten und technologisch anspruchsvollen Grossprojekten aufgestellt hatte, will Alpiger die regionale Partizipation evaluieren, die im Rahmen des «Sachplan geologische Tiefenlager» aufgebaut wurde. Mithilfe von Dokumentanalysen, Interviews, Umfragen und teilnehmender Beobachtung bewertete sie diese Kriterien, die ein «guter» Beteiligungsprozess ausmachen (sind sie erfüllt, teilweise erfüllt oder nicht erfüllt). Aus Alpigers Arbeit sollen dann Handlungsempfehlungen zuhanden des Bundesamtes für Energie (BFE) sowie der Regionalkonferenzen formuliert werden, damit die regionale Partizipation bei der Suche nach einem geeigneten Endlager für radioaktiven Abfall gegebenenfalls verbessert werden kann.